

Bezugspreis:
Vierteljährlich 6,- M., monatlich 2,- M.
frei ins Haus, portofrei zahlbar. Post-
bezug: Monatlich 2,- M., einjährig 20,- M.
Belegungsgebühren. Unter Kennzeichen für
Frankreich, Danzig, das Saar- und
Pommerngebiet, sowie die ehemals deut-
schen Gebiete. Italien, Österreich,
Ungarn und Rumänien 2,- M. für
das übrige Ausland 7,- M. (Post-
bestellungen nehmen an Österreich,
Ungarn, Litauen, Estland, Däne-
mark, Holland, Luxemburg, Schweden
und die Schweiz.)
Der „Vorwärts“ mit der Sonntags-
beilage „Welt und Zeit“, der Unter-
haltungsbeilage „Demokrat“ und der
Beilage „Erdung und Ringarten“
erscheint wochentags zweimal, Son-
tags und Montags einmal.

Telegraphische Adressen:
„Sozialdemokrat Berlin“

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Anzeigenpreis:
Die zeichengehaltene Annoncenzeile
kostet 2,- M. „Kleine Anzeigen“
das festgedruckte Wort 2,- M. (je-
weilig zwei festgedruckte Worte), jedes
weitere Wort 1,50 M. Stellenangebote
und Schlafstellenanzeigen das erste
Wort 1,50 M., jedes weitere Wort
1,- M. Worte über 15 Buchstaben
zählen für zwei Worte. Familien-An-
zeigen für Studenten 2,- M.
Die Preise verstehen sich einschließlich
Leitungsgeldes.
Anzeigen für die nächste Nummer
müssen bis 4 1/2 Uhr nachmittags im
Draufgeschalt. Berlin SW 68, Linden-
straße 3, abgegeben werden. Gebühren
von 9 Uhr früh bis 5 Uhr nachmittags.

Redaktion und Expedition: SW 68, Lindenstr. 3
Fernsprecher: Redaktion Morisplatz 151 95-97
Expedition Morisplatz 117 53-54

Mittwoch, den 22. Februar 1922

Vorwärts-Verlag G.m.b.H., SW 68, Lindenstr. 3
Fernsprecher: Verlag, Expedition und Anzeigen-
Abteilung Morisplatz 117 53-54

Zusammenkunft Lloyd George-Poincaré.

Um die Verschiebung von Genua.

London, 22. Februar. (WLB.) Der politische Berichterstatter des „Daily Chronicle“ erzählt, daß Lloyd George die Absicht habe, sich am Sonntag nach Paris zu begeben, um mit Poincaré die verschiedenen Fragen zu beraten, die die Beziehungen zwischen Frankreich und England betreffen. Man erwartet, daß insbesondere die Frage der Genuefer Konferenz erörtert und daß, wenn möglich, ein Einverständnis über den Zeitpunkt der Konferenz erzielt werden soll. Man hofft in diesem Kreise, daß die Verschiebung der Genuefer Konferenz, die, wie erklärt wird, infolge des Sturzes der italienischen Regierung unvermeidlich erscheint, nicht von langer Dauer sein werde. Selbstverständlich werde es auch von der französischen Regierung abhängen, ob die Konferenz bald stattfinden kann.

„Reit Parisien“ teilt zu den Pariser Besprechungen zwischen Lloyd George und Poincaré noch mit, es verlautet, daß auch der englische Schatzkanzler Sir Robert Horne sich in einigen Tagen nach Paris begeben werde, um mit dem französischen Finanzminister de Castelnau und den anderen alliierten Finanzministern über die Reparationsfrage zu sprechen. In dieser Hinsicht habe die englische Regierung allerdings die bekannten Vorbehalte gemacht, deshalb sei man noch ziemlich weit von einem vollkommenen Einverständnis entfernt. Das Blatt hofft, daß die Unterredungen auf das allgemeine Problem der Reparationen, vielleicht auch auf die Frage der interalliierten Schulden ausgedehnt werden. Solange Lloyd George seine Gedanken von Chequers, die er Doucheur gegenüber am 8. Dezember ausgesprochen habe, nicht aufgeben werde, werde es wahrscheinlich vergeblich sein, die wirtschaftliche Krise zu heilen, unter der heute Europa leidet. Frankreich und England mühten sich, unterstützt von der Kleinen Entente, entschlossen, schon jetzt die großen Schwierigkeiten Europas zu lösen, statt noch weiter auf den Beistand Amerikas zu warten.

Englands Vorbehalte.

Paris, 22. Februar. (E.E.) Nachdem jetzt über die Behandlung der Reparationsfrage zwischen Frankreich und England eine grundsätzliche Einigung erfolgt ist, erfährt man aus dem „Echo de Paris“ die Vorbehalte, unter denen England seine Zustimmung in dieser Frage gegeben hat. England verlangt, daß aus den Beschlüssen der Konferenz von Cannes die Artikel 8, 15, 16, 17, 18 und 19 als endgültige Entscheidung betrachtet werden und keinerlei Veränderung wieder unterworfen werden. Artikel 8 der Beschlüsse von Cannes spricht von den Befahrungskosten, Artikel 15 von dem Wiesbadener Abkommen und legt fest, daß das Abkommen nur eine dreijährige statt eine fünfjährige Laufzeit erhält. Frankreich erhält im Jahre 1922 Naturalleistungen im Werte von 950 Goldmillionen, im Jahre 1923 und 1924 Lieferungen im Werte von je anderthalb Goldmilliarden. Der Ueberschuß dessen, was Frankreich im Jahre an Naturalleistungen erhält, muß, sobald er die normalen Zahlungen Frankreichs übersteigt, von Frankreich in zehn Jahresraten, beginnend am 1. Mai 1926, zurückerstattet werden. Diese Summe wird Frankreich mit Wirkung vom 1. Januar 1924 auf sein Salkonto gutgeschrieben werden. Die übrigen Räte erhalten im Jahre 1922 Naturallieferungen im Werte von 50 Goldmillionen. Artikel 16 legt fest, daß jede einzelne Ration im Jahre 1922 den Wert der Naturalleistungen behalten soll, selbst wenn sich ein Ueberschuß gegenüber der Forderung für dieses Jahr ergeben sollte. Artikel 17 bestimmt den Kohlenpreis, der an Deutschland zu zahlen ist. Artikel 18 bestimmt, daß die im Jahre 1921 von Deutschland gezahlte Goldmilliarde mit den im Jahre 1922 zu zahlenden 720 Goldmillionen zu einer Einheit verschmolzen wird, von der England 500 Millionen für die Befahrungskosten erhält, Frankreich 140 Millionen und der Rest an die belgische Priorität gegeben wird. Der Wert der Saargruben wird dem französischen Schuldkonto mit Wirkung vom 1. Januar 1922 gutgeschrieben.

Eine Wiederaufbaukonferenz in London.

London, 22. Februar. (WLB.) Heute fand unter dem Vorsitz von Lord Inverforth eine Zusammenkunft des Organisationsausschusses der Internationalen Korporation für den wirtschaftlichen Wiederaufbau Europas statt, um die Grundlage zu erörtern, auf der nationale und internationale Korporationen zur Verbesserung der wirtschaftlichen Verhältnisse in Europa gebildet werden können. Die heutige Zusammenkunft ist die erste einer Reihe von Zusammenkünften, die in den nächsten 2 oder 3 Tagen stattfinden werden. Es nahmen daran teil Vertreter Großbritanniens (Lord Inverforth und Sir John Ferguson), der Vereinigten Staaten (Scheldon und Forbes von der Firma Blair u. Co. als inoffizielle Vertreter), Frankreichs, Italiens, Belgiens und Japans. Die Verhandlung ist nicht öffentlich. Lord Inverforth gab der Ansicht Ausdruck, daß der Ausschuss erst nach Beendigung seiner Beratungen eine Mitteilung zur Veröffentlichung ausgeben könne.

Starker Rückgang des Dollars.

An der heutigen Berliner Börse trat eine bedeutende Abschwächung des Dollars ein. Nachdem am Vormittag im freien Verkehr der Dollar mit 225 genannt worden war, ging er im offiziellen Verkehr an der Börse bis auf 213 zurück. Man erklärt diese Abschwächung damit, daß die Nachfrage des Getreidegroßhandels und der Industrie nach ausländischen Zahlungsmitteln nachzulassen beginnt, da die Ankäufe zur Hereinschaffung von Getreide und Rohstoffen vor dem 1. März bereits beendet sind. Außerdem verweist man auf die Berufung deutscher Finanzsachverständiger zu den Beratungen in London. Am Effektenmarkt zeigt sich ebenfalls eine leichte Ermattung, da die großen Geldgeber in der Gewährung von Spekulationskrediten sehr zurückhaltend sind.

Meunier klagt Clemenceau an.

Paris, 22. Februar. (E.E.) Als gestern spät abends in den Wandgängen der Kammer die Nachricht von der Freisprechung Paul Meuniers und seiner Geliebten Frau Ravisi von der durch Clemenceau gegen sie erhobenen Beschuldigung des Landesverrats eintraf, löste sie gewaltige Erregung aus. Man erklärte es nach den jetzigen Feststellungen für einfach unglaublich, wie es möglich gewesen sein konnte, daß Meunier 23 Monate in Untersuchungshaft gehalten werden konnte. Allgemein wird der Ueberzeugung Ausdruck gegeben, daß Meunier ein Opfer der Willkür für Clemenceau geworden sei, der seine Macht als Ministerpräsident dazu benutzte, einen unangenehmen politischen Gegner abzutun. Wie verlautet, wird Meunier jetzt seinerseits gegen Clemenceau wegen wissentlicher fälschlicher Anschuldigung die Anklage erheben. Meunier wurde im November 1919 mitten im Wahlkampf bei Nacht und Nebel verhaftet. Man vermutet, daß die letzte Veranlassung zu dem Vorgehen Clemenceaus die Tatsache war, daß sein Bruder Albert Clemenceau als Advokat der Gegner Meuniers war. Albert Clemenceau führte als Advokat des Wiener Bankiers von Rogberg einen Prozeß gegen den Klienten Meuniers Margulies. Albert Clemenceau habe nun versucht, da der Prozeß nicht anders zu gewinnen war, sich sowohl Margulies wie seines Advokaten Meunier zu entledigen.

Das Wahlrecht von Horthys Gnaden.

Budapest, 22. Februar. (Ungar. Telegr.-Korr.-Bureau.) Gestern fand unter Vorsitz des Reichsverweyers die staatsrechtliche Konferenz zur Entscheidung der Wahlrechtsfrage statt. Der Reichsverweyer erklärte vor allem, die Regierung trage die volle Verantwortung auf ihre Vorschläge und Handlungen bezüglich der Neuwahlen; die Konferenz diene bloß dem Zweck, diese wichtige Frage auf rein juristischer Grundlage zu erörtern. — Der Ministerpräsident wiederholte, daß es sich nicht um eine Umwälzung der Verantwortlichkeit handle. — Von vierzehn erschienenen Fachleuten sprachen sich zwölf für die Einberufung einer neuen Nationalversammlung aus. Bezüglich der Neuregelung des Wahlrechtes herrschte die Ansicht, daß die Regierung freie Hand habe.

Aus dem Deutschen Eisenbahnerverband.

Nach einer TIL-Meldung, die nach unseren Erkundigungen zutreffend ist, wurde in der gestrigen Generalversammlung der Ortsgruppe Berlin des Deutschen Eisenbahnerverbandes von einer Unterredung zwischen Bezirksleitung und Ortsverwaltung einerseits und dem Hauptvorstande des Deutschen Eisenbahnerverbandes andererseits Mitteilung gemacht. Der Vorsitzende Schefel hatte im Namen des Vorstandes erklärt, daß der Streik verkehrt gewesen sei, und daß sich sowohl Bezirksleitung wie die Ortsverwaltung über die Beschlüsse des Hauptvorstandes hinweggesetzt hätten, indem sie sich auf die Seite des Streiks stellten. Die Funktionäre Knebel und Willi Schulz seien den bis jetzt innegehabten Posten nicht gemachsen. Der Hauptvorstand habe deshalb beschlossen, Knebel als Ortsanwesenden nach Gleiwitz und Willi Schulz als Sekretär in das Bezirkssekretariat Berlin zu versetzen. In dieser Zusammenkunft wurde ferner mitgeteilt, daß der Hauptvorstand mit allen gegen eine Stimmenthaltung den Funktionär Vinke aus dem Verband ausgeschlossen habe. „Wenn die Mitglieder der Ortsgruppe Berlin die Beschlüsse des Vorstandes nicht anerkennen, so sind wir gewillt, die Ortsgruppe Berlin aufzulösen, die Mitgliedschaft als ungültig zu erklären und eine neue Ortsgruppe ins Leben zu rufen.“ Die Diskussionsordner sprachen sich sämtlich sehr scharf gegen den Hauptvorstand aus, doch wurden keine Beschlüsse gefaßt. Die endgültige Stellungnahme der Generalversammlung soll am Freitag erfolgen.

Ein spät abgeklärter Jopf. Mit dem Inkrafttreten der neuen Heiratsbestimmungen für die Angehörigen des Reichsheeres hat der Reichswehrminister angeordnet, daß die Einwilligung der Militär- und Marinebehörde zur Aufhebung von Vermögensbeschränkungen, wie Hinterlegungen, Sperrung von Einkünften aus dem Vermögen dritter Personen, Grundbucheintragungen zur Sicherstellung des Heiratsgutes erfolgt waren, hiermit allgemein als erteilt anzusehen ist. Die Hinterlegung von Heiratsgut ist nach den neuen Bestimmungen nicht mehr notwendig.

Streikbetrachtungen.

Von Adolf Buschke.

Keiner der vielen Streiks, die wir bisher in Deutschland erlebt haben, hat so große Erschütterungen des politischen und wirtschaftlichen Lebens hervorgerufen, wie der der Eisenbahnen. Auch nie standen sich wohl die Urteile so schroff gegenüber wie bei diesem Kampfe. Während auf der einen Seite dieser Streik aufs schärfste verurteilt wird und die bürgerlichen Parteien, allen voran die Deutschnationale und die Deutsche Volkspartei, die härtesten Strafen für die am Streik Beteiligten verlangen, sehen wir auch wiederum, daß sich weite Kreise der Beamten, Angestellten und Arbeiter auf die Seite der Streikenden stellen. Wie so oft, liegt auch hier die Wahrheit in der Mitte. Es geht durchaus nicht an, die streikenden Eisenbahner einfach in Bausch und Bogen zu verurteilen und sie als Menschen hinzustellen, die in ganz verantwortungsloser Weise mit dem Schicksal unseres Volkes gespielt haben.

Forscht man nach den Ursachen, die zu dieser Arbeitsniederlegung geführt haben, so findet man, daß leider sehr berechtigte Gründe für die Erbitterung, die sich schließlich in diesem Streik entlud, vorhanden sind. Man braucht hierbei nur an die im Spätherbst vorigen Jahres verabschiedete Besoldungsreform zu denken, die geradezu eine schreiende Ungerechtigkeit darstellt. Während man die unteren Klassen der Beamten nur sehr spärlich bedachte, war man desto freigebiger nach oben. Für die unteren Gruppen hatte man nur wenige tausend Mark übrig, während die Zulagen für die oberen nach Zehntausenden von Mark zählten.

Bermehrt wurde auch die Erbitterung durch die vor einigen Monaten verabschiedete Steuerreform, durch die wiederum den großen Gehaltsempfängern ein gewaltiges Geschenk in den Schoß geworfen wurde. Während die Erleichterung bei den Unterbeamten kaum etwas über 900 M. hinausgeht, beträgt sie nach oben hin bis zu 17 000 M. und mehr.

Dazu kam noch, daß die Preise für Lebensmittel durch den wahnwitzigen Wettlauf der Agrarier und Händler von Tag zu Tag stiegen, und daß dadurch die wirtschaftliche Not, besonders der unteren Beamtensichten, ganz gewaltig gesteigert wurde. Bei den Verhandlungen und auch in der Presse wird den Beamten, Angestellten und Arbeitern sehr oft gesagt, daß sie doch bei ihren Forderungen bedenken sollten, daß Reich, Staat und Gemeinde gar nicht in der Lage wären, die Gehälter den rasch steigenden Preisen anzupassen. Man appellierte auch immer wieder an die Opferwilligkeit, durch die allein Deutschland vor dem Untergang gerettet werden kann. Kann Deutschland nur durch Opferwilligkeit und dadurch, daß die deutsche Bevölkerung die schwere wirtschaftliche Not geduldig auf sich nimmt, vor dem Schlimmsten bewahrt werden, dann sollte man diesen Appell nicht nur an die Arbeiter, Angestellten und unteren Beamten, sondern auch an die oberen Beamten, vor allem aber an die Agrarier und Industriellen, die mühselos ungeheure Gewinne machen, und an die Schieber und Wucherer richten. Man kann nicht von der einen Bevölkerungsschicht, die unter den heutigen Verhältnissen schon ohnehin schwer zu leiden hat, jedes Opfer verlangen, während die andere im Ueberflusse lebt und kaum weiß, was sie mit den mühselos erworbenen Millionen anfangen soll.

Trotzdem muß aber die Frage aufgeworfen werden, ob es nicht noch andere Wege für die Beilegung dieses Konfliktes gegeben hätte. Und da kann man leider den Eisenbahnern den schweren Vorwurf nicht ersparen, daß sie in recht leichtsinniger Weise mit dem Schicksal ihrer Volksgenossen und nicht zuletzt mit dem der Deutschen Republik gespielt haben. Ein solcher Streik richtet sich ebensowenig wie der der städtischen Arbeiter und Angestellten gegen die kapitalistische Weltordnung, sondern er geht gegen den Staat und trifft am härtesten die arbeitende Bevölkerung. Wenn durch einen Eisenbahnerstreik besonders im Winter die Zufuhren an Lebensmitteln, Kohlen usw. ausbleiben, so werden die besitzenden Klassen davon nur wenig oder gar nicht berührt. Sie verfügen meist über ein gut versorgtes Lebensmittellager, während die Schichten der Arbeitnehmer, die größtenteils von der Hand in den Mund leben, d. h. nur so viel Lebensmittel einkaufen können, wie sie gerade für den Tag gebrauchen. Hatte die arme Bevölkerung unter der starken Kälte bei dem Mangel an Brennmaterial schwer zu leiden, spürten die Besitzenden wiederum nichts davon, da sie ja bei ihren Geldmitteln genügend „Hinterherum“ laufen konnten. Und so schnellsten wenige Tage nach Ausbruch des Streikes die Preise für Kohle und Lebensmittel ganz bedeutend in die Höhe.

Bei einem Kampf von so ungeheurer Tragweite ist es selbstverständlich, daß man sich nach Bundesgenossen umsieht und sich zu diesem Zweck mit den Nachbarorganisationen verständigt. Das hatte die Reichsgewerkschaft der Eisenbahner unterlassen. Vor allem hatte sie nichts getan, um die öffentliche Meinung für sich zu gewinnen. Ein solcher Kampf kann nur mit Aussicht auf Erfolg geführt werden, wenn man über starke Bundesgenossen verfügt und die öffentliche

Meinung für sich hat. Daher wurde in den Kreisen der organisierten Arbeiterchaft zuerst der Streik aufs schärfste verurteilt. Da kam plötzlich der Erlaß des Reichspräsidenten und des Berliner Polizeipräsidenten den Streikenden zu Hilfe. Die bisher gegen die Streikenden gerichtete Stimmung der Arbeiter, Beamten und Angestellten schlug sofort um, und es drohte, trotz der Bemühungen der Spitzenorganisationen, zu einem Kampf zu kommen, der weit über die Kreise der Eisenbahner und städtischen Arbeiter hinausging.

Daß trotzdem der Kampf schließlich einen Ausgang nahm, der zwar nicht alle Teile reiflos befriedigte, aber doch den berechtigten Wünschen entgegenkam, ist nicht zuletzt das Verdienst der Sozialdemokratie, die sich eifrig für eine Verständigung einsetzte. Wie auch von der Reichsgewerkschaft der Eisenbahner in ihrem Organ vom 12. Februar zugegeben wird. Hier wird auch der Ausgang des Streiks als Erfolg bezeichnet, indem unter der Spitzmarke: „Die Ergebnisse unserer Streikbewegung“ folgendes berichtet wird:

Was waren unsere Forderungen?

1. Erhöhung der Grundgehälter der Gehaltsklassen I—VII mit sofortiger Auszahlung einer Beihilfe.

2. Zurückziehung des Entwurfs des Arbeitszeitgesetzes und Ungültigkeitserklärung der nach diesen Entwürfen bereits aufgestellten Dienstpläne.

3. Es dürfen keinerlei Maßregelungen vorgenommen werden, weder der Leiter noch der Streikenden.

4. Die Regierung muß es der Reichsgewerkschaft überlassen, wen sie als Vertreter zu den Verhandlungen benennt.

Wie weit wurden sie durchgesetzt?

1. Größtenteils erreicht! Schleunigste Friedigung seitens der Regierung in feierlichster Form durch den Reichsanwalt zugesichert. Beratung in den nächsten Tagen.

2. Voll erreicht! Ein revidierter Arbeitszeitgesetzentwurf wird statt des von uns bekämpften mit sämtlichen Spitzenorganisationen beraten werden und infolgedessen den Charakter des von uns verlangten allgemeinen Arbeitszeitgesetzes erhalten!

3. Größtenteils erreicht! Sämtliche Entlassungen und Kündigungen werden aufgehoben. Nur die bereits eingeleiteten Führerdisziplinierungen werden abgewickelt. Einsprüche der Reichsgewerkschaft gegen Fehlsprüche schließt das Reichskabinett. Zwei Führer dürften allerdings vielleicht auf der Strecke bleiben.

4. Voll erreicht! Die von uns ernannten Vorstandsmitglieder haben allein und ohne Hinzuziehung fremder Gewerkschaftsführer die Einigungsverhandlungen mit dem Reichsanwalt zu Ende geführt.

Wenn das von den Eisenbahnern als Erfolg betrachtet wird, so ist das nicht zuletzt der Sozialdemokratie, die Regierung und Reichsgewerkschaft an den Verhandlungen brachte, zu verdanken. Man sollte sich darum auch in den Kreisen der Eisenbahner und der übrigen Beamtenschaft klar werden, daß, wie vor Jahrzehnten, auch heute noch die Sozialdemokratie die einzige Partei ist, die bisher praktische Arbeit für sie leistete. Das zeigt gerade auch wieder dieser Streik. Heber die Stellung der Sozialdemokratie zum Streikrecht der Beamten hat sich der Genosse Wels in der Reichstagsverhandlung vom 10. Februar deutlich ausgesprochen, ebenso über die Maßnahmen. Die Linksparteien, USP, besonders aber die Kommunisten, hatten wiederum für die Streikenden nichts als radikale Phrasen übrig, während ihre praktische Tätigkeit gleich Null war. Die bürgerlichen Parteien, bis in die Reihen der Demokraten hinein, fanden, wie schon bemerkt, für das Vorgehen der Eisenbahner nur Worte härtester Verurteilung. Aus dem Blätterwald der Deutschnationalen und der Deutschen Volkspartei klang ein einziger hysterischer Schrei nach härtester Bestrafung der Streikenden. Leider läuft

heute noch ein sehr großer Teil der Eisenbahnbeamten diesen Parteien nach.

Verständnisvolles Eingehen auf die berechtigten Wünsche der Arbeitnehmer, gleichgültig ob in Privat- oder Staatsbetrieben, ob im Arbeitsmittel oder Beamtentum, ist dringend notwendig. Aber ebenso müssen sich jene Kreise der ungeheuren Gefahren bewußt sein, die sie durch ihr Vorgehen für das Bestehen der deutschen Republik heraufbeschwören. Wenn sich Regierung und Arbeitnehmerchaft ihrer großen Verantwortung bewußt sind, darf man hoffen, daß in Zukunft solche ungeheuerlichen sozialen Kämpfe unserer Volksgemeinschaft nicht mehr erschüttern, sondern daß es in gemeinsamer Arbeit gelingt, aus dem furchtbaren wirtschaftlichen Elend herauszukommen.

Rechtssprechung und Autorität.

In der „Deutschen Tageszeitung“ schreibt ein Staatsanwalt Dr. Richter über die Zulassung der Frau zum Richteramt. Er lehnt sie ab aus Gründen, die eine kurze Betrachtung verdienen. Staatsanwalt Dr. Richter geht von dem Grundsatz aus: „Ohne Autorität keine Rechtssprechung“. So genügt nicht die bloße Furcht vor der Staatsmaschine, sondern es müsse auch ein Akt innerer Zustimmung, Achtung und Beugung vor der Persönlichkeit des Trägers der Autorität vorhanden sein. Die der Rechtssprechung Unterworfenen dürften nicht nur sich dem äußeren Zwang fügen, sondern müßten sich auch innerlich der Rechtssprechung aus Achtung vor ihren Trägern unterwerfen. Das aber könne nicht der Fall sein, wenn die Frau zum Richteramt berufen würde; dann fehle der Akt der inneren Zustimmung; das Urteil könne nur als „brutaler Zwang“ wirken.

Wir vermögen nicht einzusehen, warum ein Mann sich nicht dem sittlichen Urteil einer Frau mit innerer Achtung unterwerfen kann. Hat doch selbst ein Genie wie Goethe das Urteil der Frauen außerordentlich geschätzt und ihm im „Tasso“ ein unvergängliches Denkmal gesetzt mit den Versen: „Willst Du erfahren, was sich ziemt, so frage nur bei edlen Frauen an.“

Aber etwas anderes hätte doch dem Herrn Staatsanwalt bei der Niederschrift seiner Zeilen auffallen müssen: Ist er denn gänzlich blind gegen die Erscheinungen, daß die innere Autorität des heutigen Richterstandes vollkommen im Schwinden, bei den Arbeitermassen direkt im Erlöschen ist? Der Herr Staatsanwalt, der das Urteil einer Frau innerlich ablehnt, nur weil sie Frau ist, — mit welchem Recht fordert er von den Arbeitern, daß sie sich fortgesetzt dem Urteil klassenfremder Richter innerlich unterwerfen? Wie soll diese innere Unterwerfung beim Arbeiter zustandekommen, solange er weiß, daß der Richterberuf gegen Zugang aus den unteren Volksklassen hermetisch abgeschlossen ist, daß nur die Söhne reicher Leute oder höherer Beamter, aber nicht die Söhne von Arbeitern Richter werden können, also nur Leute, die dem Empfinden des Arbeiters fremd gegenüberstehen? Ohne es zu wissen und zu wollen hat der Staatsanwalt Dr. Richter mit seiner Polemik gegen die Frau als Richterin ein wichtiges Argument gegen die heutige Klassenjustiz geliefert.

Zentrumsadel gegen Zentrumsarbeiter.

Die Zentrumsfraktion des Preussischen Landtages des Abgeordnetenhauses hat an Stelle des ausscheidenden jetzigen Oberpräsidenten von Westfalen den christlichen Arbeiterinspektor und Zentrumsabgeordneten Gronowitsch vorgeschlagen. Gegen die Ernennung Gronowitschs ist in Westfalen eine fürmische Opposition laut geworden und ein Teil der westfälischen Zentrumsprelle hat scharfe Artikel gegen Gronowitsch gebracht. Die westfälischen Zentrumsagrarien, vor allem natürlich der westfälische Zentrumsadel, will nicht zulassen, daß ein ehemaliger Arbeiter zum höchsten Beamten der Provinz ernannt wird. In dieser Beziehung unterscheiden sich die rechtsstehenden Zentrumskreise nicht von dem altpreussischen Adelsadel. Wie der „Sozialdemokratische Parlamentsdienst“ erfahren hat, wird die Zentrumsfraktion des Landtages

an der Kandidatur Gronowitschs festhalten und da auch das preussische Staatsministerium für Herrn Gronowitsch eintritt, ist nicht daran zu zweifeln, daß Westfalen einen ehemaligen Arbeiter als Oberpräsidenten bekommen wird.

Auf einem anderen Blatte steht die Frage, ob das Zentrum nicht in Rheinland und Westfalen über Gebühr bei der Besetzung von politischen Posten bevorzugt wird. Es scheint uns, daß nahezu alle leitenden Posten der beiden Provinzen Westfalen und Rheinland in den Händen des Zentrums sich befinden. Auch der Staatssekretär für die besetzten Gebiete ist ein Zentrumsmann. Die Regierung sollte mit diesen Wegen nun einmal aufhören und daran denken, daß in den beiden großen Provinzen auch Staatsbürger wohnen, die nicht auf dem Boden des Zentrums stehen.

Die Entwaffnung derer v. Raehne . . . und wie sie umgegangen wird!

Der „Sozialdemokratische Parlamentsdienst“ schreibt: In Sachen des Herrn v. Raehne sind die Dinge nun soweit gediehen, daß die Familie v. Raehne selbst entwaffnet ist. Dagegen ist der Gutsinspektor Hellwig noch immer im Besitz von mehreren Jagdwaffen und einem Browningrevolver. Da diese Waffen des Gutsinspektors selbstverständlich auch für den Todschläger v. Raehne in jedem Falle erreichbar sind, ist mit der Entwaffnung der Familie nicht gebissen, wenn nicht auch der Gutsinspektor, der ihres Geistes ist, entwaffnet wird.

Die zuständige Polizeibehörde hat sich unbegreiflicherweise mit dem Einwand abgefunden, daß der Gutsinspektor Hellwig im Besitz eines Jagdscheines sei und deshalb die Waffen führen darf. Wir nehmen an, daß inzwischen der preussische Staatsminister Severing, der sich selbst um die Angelegenheit kümmert, verlangt haben wird, daß auch der Gutsinspektor entwaffnet wird.

Wenn in einigen Zeitungen dem preussischen Staatsminister des Innern Vorwürfe gemacht werden, daß er dem Herrn v. Raehne nicht in Hofstehne, so ist daran zu erinnern, daß in der Umgebung von Berlin kein Ausnahmezustand mehr besteht, so daß der Minister nicht die Möglichkeit hat, eine Dauerhaft über den Schicksalen zu verhängen. Das Vorgehen ist ausschließlich Sache der ordentlichen Gerichtsbehörden.

Nach Meldung der TL. hat der Regierungspräsident von Potsdam erneut einen Landjäger beauftragt, beim Gutsinspektor der Familie v. Raehne, dem Hauptmann v. Hellwig, eine Durchsuchung nach Dienstwaffen vorzunehmen. Falls unter dem Begriff der „Dienstwaffe“ auch Jagdgewehre?

Nachtragsetat und Wirtschaftsbeihilfen.

Der Hauptausschuß des Reichstags beschäftigte sich am Mittwoch mit dem fünften Nachtrag zum Reichshaushaltsplan für das Rechnungsjahr 1921. Abg. Dr. Bachnick (Dem.) stellte als Berichterstatter fest, daß durch die fünf Nachtragsetats der ordentliche Haushalt für 1921 auf 122 Milliarden angewachsen ist gegenüber dem ursprünglich geschätzten 12 Milliarden. Er gibt dabei der Vermutung Ausdruck, daß der für 1922 errechnete Ueberschuß von 16,5 Milliarden verschwinden und einem Fehlbetrag Platz machen werde. Die Wirtschaftsbeihilfen sind bereits zur Zahlung angewiesen im Gesamtbetrag von 850 Millionen. Eine wirkliche Reform könne jedoch nur durch entsprechende Erhöhung der Grundgehälter erfolgen.

Anträge der Unabhängigen und der Sozialdemokraten verlangen, daß widerrufliche Wirtschaftsbeihilfen nur an diejenigen Beamten zu zahlen ist, deren Gesamteinkommen ausschließlich Kinderzulage nicht mehr als 50 000 resp. 44 000 M. beträgt.

Ministerialdirektor v. Schlieben (Reichsfinanzministerium) wandte sich gegen die vorliegenden Anträge, deren Befolgung zu den größten Unzulänglichkeiten führen würde. Es würde die Folge sein, daß beispielsweise ein Beamter, der 43 000 M. Gehalt bezöge, plötzlich viel mehr Bezüge erhielte als ein anderer Beamter einer höheren Gehaltsstufe.

Verurteilung eines Kommunisten. Von der Limburger Strafkammer wurde der Frankfurter Kommunist Gustav Wolf wegen einer in öffentlicher Volksversammlung gehaltenen Rede, in der er zum Sturz der Regierung und zum Anschluß an Sowjetrußland aufgefordert hatte, auf Grund des § 130 StGB. (Ausfrelung zum Klassenhaß) zu 5000 M. Geldstrafe verurteilt.

Beinabe.

Dies ist die Geschichte von der Tante Christine, die eines gar trostlichen Todes starb, eines ganz feisamen Todes, die an einer feigen Idee zugrunde ging, einer ganz sanderbaren feigen Idee. . . .

Tante Christine lebte da draußen in einem Vorort, wie viele andere auch leben. Ihr ging es nicht eben gut, sie mußte leben, wie sie mit ihrem Bißchen durchkam. Aber sie schaffte es doch zur Rot, und mitunter konnte sie ganz feig sein.

Ihr liebstes war, Luftschlößer zu bauen. Sie konnte sich wunderschön ausmalen, wie dies und jenes gemacht werden sollte, wenn — ja wenn! Da baute sie sich ein Landhaus mit blühendem Garten, fuhr jede Woche einmal in die Stadt und besuchte ein Theater. . . . ach Gott, es gab ja so viele Herrlichkeiten in der Welt. Nur daß man sie nicht greifen konnte, weil es an dem Zaubermittel, dem Geld, fehlte.

Aber vielleicht fand es sich noch einmal. Tante Christine spielte in der Lotterie. Ständig war sie mit einem Nadel oder Viertel in der „Preussischen“ drin. Und ob der Kachener Dom, das Freiburger Münster oder die Nürnberger Lorenzkirche Geld brauchten, Tante Christine half immer mit, es zu beschaffen, wenn die Kollekte in Gestalt einer Lotterie veranstaltet wurde. Leider mußte Tante Christine dieselbe Erfahrung dabei machen, die so viele andere beim Lotteriespiel machen müssen: Ob da angezündigt war, daß jedes zwanzigste Los gewinnen müsse oder jedes zweite — Tante Christine blieb immer bei denen, die nicht gewonnen.

Es war nun während der Ziehung irgendeiner roten Kreuz-Lotterie. Wie immer in solchen Tagen, ließ sich Tante Christine extra eine Berliner Zeitung holen, weil dort im lokalen Teil die Hauptgewinne angezeigt zu werden pflegten. Damit zog sie sich in ihr Stübchen zurück.

Nach wenigen Augenblicken vernahm die Nachbarn einen Schrei. Man stürzte zu ihr und fand sie in namenloser Erregung. Es war nur schwer möglich, etwas aus ihr herauszubringen. Schließlich erfuhr man's.

Tante Christine hatte nicht gewonnen, nein; aber doch „beinabe“, wie sie sich ausdrückte. Sie spielte das Los Nr. 341 718, und Nr. 341 719 hatte den Hauptgewinn von 100 000 M. gezogen.

Dies „Beinabe“ war für Tante Christine ein nieberstimmender Schlag. Sie kam nicht darüber hinweg: nur eine Nummer „weiter“! Sie konnte in jener Nacht vor Aufregung nicht schlafen; tags darauf wurde sie von Beinkrämpfen geschüttelt und dann bekam sie ein regelrechtes Fieber. Sie überwand nach einigen Wochen des Fiebers, aber eine tiefe Schwermut blieb zurück. Alle Versuche, sie aufzuheitern, sie auf andere Gedanken zu bringen, schlugen fehl. Es mußte auch nichts, daß ich ihr Kartumaden suchte, w'o ihr „Beinabe“ ja einer ganz feisamen Vorstellung von dem Vorgang der Auslosung

entspränge. . . . Es half alles nichts. Daß sie nichts gewonnen, das hätte sie verschmerzt wie hundert andere Male auch. Daß aber eine Zahl so dicht neben „ihrer“ den Haupttreffer gezogen, das empfand sie als eine Lücke des Schicksals, die nicht zu verwidnen war.

Tante Christine wollte seit jenem Unglücksstope dahin wie ein Baum, in den eine Art tiefe Kerben geschnitten. Sie wurde wunderbarlich, misstrauisch, blieb kränklich, lebensunlustig. Sie hörte auf, Luftschlößer zu bauen und spielte in seiner Lotterie mehr. Und jetzt, vor einigen Wochen, fand man sie eines Morgens erhängt auf.

Sie hatte keinen Zettel hinterlassen, auf dem sie über den Grund ihres Hinsehendens Näheres mitgeteilt hätte. Aber wir wußten ihn gleichwohl alle, diesen Grund. Das Leben hatte allen Reiz für sie verloren, seitdem jenes Beinabe, das im Grunde so gar kein Beinabe war, ihre Hoffnungen entzündet hatte. Hans Bremer.

Ein neues Fernheizwerk. Nachdem Deutschland durch das drückende Versailles Diktat vor die zunehmende Notwendigkeit gestellt worden ist, sich in der Kohlenbewirtschaftung die allergrößte Sparsamkeit aufzuerlegen, ist Industrie und Technik unaufhörlich bemüht, die deutsche Wärmewirtschaft so praktisch wie nur irgendmöglich zu gestalten. Wie bereits in einigen anderen deutschen Großstädten ist man jetzt auch in Kiel dazu übergegangen, nach Art der Gas-, Wasser- und Elektrizitätswerke ein sogenanntes Fernheizwerk zu errichten. Dieses Unternehmen verfolgt den Zweck, den unausgenutzten Abdampf der in den genannten Werken befindlichen Turbinen für Heizzwecke zu verwenden. Der in den Kesseln erzeugte Hochdruckdampf wird, wenn er keine Arbeit in der Turbine geleistet hat, dem Ferndampfleitungsnetz zugeführt. Diese Leitungen selbst liegen in Betonkanälen; zur ungehinderten Ausdehnung bei Erwärmung sind sie außerdem auf Rollböden gelagert. Eine sorgfältige Isolierung schützt sie vor Druck- und Wärmeverlusten. Wenn der Dampf durch die Nebenleitungen der zu heizenden Gebäude gedrungen ist, schlägt er sich zu Wasser nieder und ermächtigt beim Durchfließen besonderer Vorrichtungen die genaue Feststellung des Wärmeverbrauchs jedes einzelnen Gebäudes. Dieses Wasser wird dann weiter Sammelbehältern zugeleitet und findet wieder bei der Spülung der Hochdruckkessel Verwendung. Durch die ganze Einrichtung wird es ermöglicht, von einer Stelle aus eine größere Anzahl räumlich bis 1 1/2 Kilometer entfernte öffentliche Gebäude und dem Leitungsnetz angeschlossene Privathäuser wirtschaftlicher zu beheizen, als es bisher durch eine örtliche Zentralheizung der Fall war. Diese neue Einrichtung dürfte zweifellos der Allgemeinheit eine nicht unerhebliche Ersparung von Brennstoffen verschaffen.

Die „geknechteten“ Kühe. Nun also fließt in unseren gelegenen Zeiten der Jungbrunnen auch für die Kühe! Wenigstens soll es nach einem Bericht des pensylvanischen Staatsbureaus für Tierkunde gelungen sein, bejahrte Kühe „so frisch wie junge Kühe“ zu machen, indem man sie mit einem aus den Drüsen von Säuen gezogenen Serum behandelt. Alle die elf Kühe, denen man diese „Steinachtur“ angebeihen ließ, waren bereits Großmütter; sie erlangten aber ihre volle Fähigkeit des Milchgebens wieder und alle anderen Zeichen der Jugend.

Die Prüfung des Professors. Emil Fischer, der berühmte, vor kurzem dahingegangene Chemiker, hat uns noch ein posthumes Geschenk hinterlassen in seinen Lebenserinnerungen, die unter dem Titel „Aus meinem Leben“ als Einleitung zu der bei J. Springer in Berlin erscheinenden Gesamtausgabe seiner wissenschaftlichen Schriften veröffentlicht worden ist. In humorvoller Weise wird hier auch erzählt, wie Fischer Professor in Würzburg wurde. Er hatte damals seine Professur in Erlangen aufgeben müssen, weil er sich eine heftige Bronchitis zugezogen und zu deren Aushellung längere Zeit auf Urlaub war. Als man nun in Würzburg einen Professor für Chemie suchte, da wurde die Nachricht verbreitet, Fischer sei ein kranker Mann und komme nicht in Betracht. Der Zoologie Prof. Semper aber, der bei der Berufung eine wichtige Stimme hatte, wollte sich doch erst von dem Gesundheitszustand des als tüchtig gerühmten Mannes überzeugen und bot ihm um eine Zusammenkunft in Heidelberg. Bei seiner Prüfung ging er sehr vorsichtig zu Werke. „Als später die Sache in Würzburg ruchbar wurde“, berichtet Fischer, „erzählten sich die Leute dort, man habe mich von einem Tierarzt untersuchen lassen. Genug, Semper machte mir den Vorschlag, einen Spaziergang zum Schloß zu unternehmen. Obwohl er viel älter war als ich, schlug er absichtlich einen raschen Schritt an, so daß er ganz atmlos oben ankam, während ich, an das Bergsteigen damals gewöhnt, mich bei dem Tempo sehr behaglich fühlte. Dann kam die zweite Probe. Semper schloß vor, eine Flasche Sekt zu trinken. Auch das war mir nicht unympathisch. Der Erfolg dieses Frühstückes war dann auch, wie man erwarten konnte, eine leichte Betrunkenheit des Älteren Herrn ohne Mitleidenhaftigkeit des Jüngeren Kollegen. Das Examen war bestanden. Fischer wurde nach diesen Leistungen zum Professor in Würzburg berufen.“

Franz Fißel „Fauk - Sinfonie“ für großes Orchester, Männerchor und Tenor solo (Alexander Richter), gelangt im X. Konzert der Volkshäuser am Sonntag mittags 7 1/2 Uhr im Theater am Palisoyplatz unter Leitung von Hermann Scherchen zur Aufführung.

Die russischen Kammerspiele bringen Artlets als Entlohnung „Die zerrissene Hute“ (Text und Musik von Erich Rilke) und „Seine Schwester“, Lustspiel von Helene Fischer (Musik von Jacques Offenbach).

Die Frühjahrsausstellung in der Akademie der Künste wird Ende April eröffnet werden. Freie Einladungen Berliner Künstler und zwar sowohl Werke der Malerei wie Plastik sind zugelassen. Sie sind vom 15. März bis 1. April in der Akademie einzuliefern.

Der Ruhm-Preis wurde von der medizinischen Fakultät in Heidelberg an Prof. Sauerbruch in München verliehen. Dieser Preis wird alle drei Jahre einem deutschen Arzt für eine von ihm erdachte und bewährte Primärmethode vergeben. Sauerbruch hat sich um die Förderung der Lungentherapie große Verdienste erworben.

Eine italienische Universität ist in Rom eröffnet worden. Sie besitzt fünf Fakultäten.

3500 Schäfte in einer Minute. Bei den mannigfachen Erfindungen, die den „nächsten Krieg“ zu einer grauenhaften Hölle gestalten werden, wollen auch die Schäfte nicht zurückbleiben. So hat ein Erfindungsbesitzer aus dem Reich ein neues Maschinenmodell konstruiert, das 3500 Schäfte in der Minute schneidern kann. Dieses Maschinenmodell soll demnächst im marokkanischen Kriege zur Anwendung kommen.

Straßenbahnreformen.

Weiterer Linienausbau.

In einer Reihe von Beratungen haben sich die an der Leitung der Straßenbahn beteiligten Dienststellen des Magistrats unter dem Vorsitz des Stadtbaurats Dr. Adler mit der Frage der künftigen Gestaltung des Straßenbahnverkehrs und mit der Um- und Ausgestaltung einzelner Linien zur Hebung der Wirtschaftlichkeit unter Wahrung der Verkehrsinteressen beschäftigt. Insbesondere wurde die Frage erörtert, welche von den seit dem letzten Verkehrsstreik nicht wieder in Betrieb genommenen Linien, die wegen ihrer Unwirtschaftlichkeit eingestellt bleiben sollten, unter Aenderung der Linienführung wieder aufgenommen werden sollen.

Bisher ist folgendes beschlossen worden: Vom Montag, den 27. d. M., wird der Verkehr der Linie 62, Charlottenburg-Weißensee, wieder in dem früheren Umfang aufgenommen werden; die Wagen werden als Ergänzung zu den Wagen der 162 gefahren werden. — Zur Verbesserung der Verkehrsverhältnisse nach dem Divoer Platz wird die Linie 89, Neukölln-Zoologischer Garten, die bisher über Wintefeldplatz, Kaiser-Allee geführt wurde, umgeleitet werden und durch die Pariser Straße und Wilmersdorfer Straße nach dem Stuttgarter Platz (Bahnhof Charlottenburg) geführt werden, so daß eine neue Verbindung zwischen Neukölln und dem Bahnhof Charlottenburg, die bisher noch nicht bestand, geschaffen wird. Gleichzeitig wird auch durch die Verlegung dieser Linie eine Entlastung der besonders zu Zeiten des Berufsverkehrs stark in Anspruch genommener Linien 5 (Berichtsring) und 10 (Ring Groß-Berlin) erzielt, für die eine andere Entlastungsmöglichkeit nicht geschaffen werden kann. — Weiterhin soll durch die Verlagerung der Linie 3, Brunnewald-Anhalter Bahnhof-Moritzplatz, ein Ersatz für die Linie 98 dadurch geschaffen werden, daß diese Linie bis zum Brühl der Bahnhof durchgeführt wird. — Eine Reihe weiterer Linienänderungen regeln den Straßenbahnverkehr in Schöneberg-Steiglitz neu. Die wichtigsten dieser Änderungen sind folgende: Nach der Kolonie „Lindenhof“ soll eine neue Linie 161 den Verkehr vermitteln. Diese wird der Linienführung der 61 von Weißensee durch das Stadlinnere folgen, und zwar bis zum Warburgplatz, wo sich die Bahnlänge gabelt: 161 verkehrt nach dem Lindenhof, 61 nach der Rubensstraße in Steiglitz. — Linie 51, die bisher am Kaiserplatz endete, wird bis zum Warburgplatz geführt und hat dann die gleichen Verkehrsbeziehungen wie die Linie 50. An Stelle der Linie 66 soll endlich noch die Linie 71 bis nach dem Friedrich-Wilhelm-Platz in Friedenau geführt werden.

Straßenbahn-Hochbahn-Umsfahrfahrpläne ab 1. März.

Wie bereits gemeldet, beabsichtigt die Straßen- und Hochbahn einen neuen Umsfahrfahrt durch die Herausgabe besonderer Fahrpläne zwischen der Straßenbahn und Hochbahn zu ermöglichen. Wie wir von gutunterrichteter Seite erfahren, wird die Einführung dieser neuen Umsfahrfahrpläne zum 1. März erfolgen. Der Umsfahrfahrplan wird in zwei verschiedenen Ausführungen zur Erleichterung der Kontrolle ausgegeben werden. Für die umfahrenden Reisenden der Hochbahn, die die Straßenbahn zur Weiterfahrt benutzen wollen, werden grüne Scheine in Größe der früheren Sammelkarten ausgegeben. Die Straßenbahnschaffner verkaufen nur Karten von brauner Farbe, die zum Uebergang auf eine Hoch- oder Untergrundbahnstrecke berechtigen. Wie die anderen Umsfahrfahrpläne gleich sein, also zwei Stunden bzw. 3,50 M. betragen. Hierfür können auf der Hochbahn und auch auf der Straßenbahn Fahrkarten beliebiger Länge ohne Rücksicht auf die Zonen-einteilung der Hochbahn zurückgelegt werden.

Noch immer Kälteferien!

Die Brennstoffversorgung der Berliner Schulen ist reiflos zusammengebrochen. Seit mehr als 14 Tagen ist die überwiegende Mehrzahl der Berliner städtischen Schulen geschlossen worden. Die Kinder, die sich gewöhnlich am Montag morgen in den Klassen melden mußten, erhielten immer wieder den Bescheid, daß aus Mangel an Heizmaterial der Unterricht um abends 8 Tage ausgesetzt werden müsse. Diese unerwünschten Ferien haben unter den Eltern begreiflicherweise eine nicht unbeträchtliche Erregung hervorgerufen, die nach dadurch gesteigert wird, daß auch in absehbarer Zeit ein regelrechter Schulbetrieb unmöglich erscheint.

Wie wir von zuständiger Seite hören, muß mit der Tatsache gerechnet werden, daß noch weitere 8 bis 14 Tage vergehen werden, bevor die Schulen wieder eröffnet werden können. Die Schuldeputation hat trotz dieser Bemühungen von dem städtischen Maschinenamt und den Gaswerken auch nicht entfernt soviel Koks erhalten können, als nötig wäre, um die Heizung in allen Lehranstalten in Betrieb zu setzen. Lediglich die Gemeinde-schulen, in deren Gebäuden sich Räume der Erwerbslosenfürsorge, Ständesämter oder Speiseanstalten befinden, haben notdürftig beliefert werden können.

Tragödien des Elends.

Eine Familie durch Gas vergiftet.

Zwei furchtbare Familientragödien, die schonungslos das furchtbare wirtschaftliche Elend der arbeitenden Klasse enthüllen, haben sich gestern zugetragen:

Mit ihrem vier Wochen alten Söhnchen sind gestern der 38 Jahre alte Arbeiter Bernhard Schänke und seine 23 Jahre alte Frau aus der Luxemburger Straße 31 in den Tod gegangen. Man fand alle drei nachmittags in ihrer Wohnung mit Gas vergiftet tot auf. Nach hinterlassenen Aufzeichnungen ist das Ehepaar wegen zerrütteter wirtschaftlicher Verhältnisse freiwillig aus dem Leben geschieden und hat sein Kind in den Tod mitgenommen. — In dem Hause Belisier Straße 10 wurden die 56 Jahre alte Witwe Luise Lötter, ihre 18jährige Tochter Erna und deren erst 14 Tage altes Kind mit Gas vergiftet aufgefunden. Das Kind war schon tot, während seine junge Mutter und die Großmutter noch Lebenszeichen von sich gaben. Es gelang, beide wieder zur Besinnung zu bringen, doch konnten sie noch nicht vernommen werden. Nach dem Befunde muß angenommen werden, daß es sich auch hier um einen gemeinsamen Selbstmord handelt. — Am Rande des Grabes hat gestern ferner der 80 Jahre alte Arbeiter August Schubert aus der Fehrbelliner Straße 39 seinem Leben ein Ende gemacht. Er wurde in der Küche mit Gas vergiftet tot aufgefunden.

Der russische Altentraub vor Gericht.

Vor dem Schwurgericht des Landgerichts III unter Vorsitz des Landgerichtsdirektors Dr. Brecht begann heute die Verhandlung in der Strafsache betr. den Altentraub bei dem Obersten v. Frenenberg. Angeklagt sind der nichtbeamtete Lehrer Otto Braun aus Berlin, der Metallarbeiter Richard Eichler, der Dreher Gustav Bornmann, der Gastwirt Franz Thielert und der Schlosser Otto Bullen. Braun wird vom R.-M. Dr. Grohmann, die vier übrigen Angeklagten, die von dem Braun überführt werden von dem R.-M. Dr. Weinberg, Dr. Oscar Cohn, Liebknecht und Dr. Kurt Rosenfeld verteidigt.

Die Anklage, die vom Staatsanwalt Gollnik vertreten wird, beschuldigt die Angeklagten, am 23. Juli 1921 unter Anwendung von Drohungen Altenträperei, eine Mappe und zwei Koffer dem früheren russischen Obersten von Frenberg gestohlen bzw. einen Ausweis auf den Namen Lamm des Staatskommissars Dr. Weismann gestohlen und Braun von dieser falschen

Die Berliner Gemeindearbeiter zum Streik.

Eine Rechtfertigung der Haltung des „Vorwärts“.

Die am 14. Februar vertagte außerordentliche Generalversammlung des Verbandes der Staats- und Gemeindearbeiter wurde am Dienstag fortgesetzt. Der Versammlung lag eine ganze Reihe von Anträgen vor, die von Polenke beantragt gegeben wurden. Nachdem dieser sich kurz zu dem Inhalt der Anträge geäußert hatte, wurde die Aussprache eröffnet.

Ziemann vom Ködlichen Krankenhaus erklärte, daß die dort beschäftigten Mitglieder gegen den vorgesehenen Extrabeitrag zur Unterstützung der Gemahregelten, aber für freiwillige Sammlungen sind.

Schmidt sprach sich für eine Aenderung des Verbandsstatuts dahin aus, daß ein von der Ortsverwaltung als notwendig anerkannter Streik auch von dem Verband sanktioniert werden müsse.

Januszek forderte, daß man tüchtige oppositionelle Kräfte als Delegierte zum Verbandstag zu entsenden habe.

Polenke wandte sich besonders gegen einen Antrag, der die Gründung eines Berliner Verbandes

der Gemeindearbeiter fordert. Ueber diesen Antrag könne in einer Generalversammlung der Ortsverwaltung des Zentralverbandes nicht abgestimmt werden.

Pählold (unbefolgtetes Mitglied des Hauptvorstandes) erklärte, daß er für die Sanktionierung des Streiks durch den Verbandsvorstand sei. Der Antrag sei aber nicht durchgedrungen. Nur drei unbefolgte Mitglieder hätten an der Abstimmung teilnehmen können, weil sie

Infolge der Verkehrsstörungen

nicht zur Vorstandssitzung kommen konnten. Hieraus sprach der Verbandsvorsitzende Mäntner. Biersch durch Zwischenrufe unterbrach, führte er im wesentlichen etwa folgendes aus: Der Hauptvorstand hat ursprünglich der Ortsverwaltung mitgeteilt, daß der Streik unterstützt werde. Man kam

Der Spruch des Arbeitsministeriums.

An dem kritischen Freitagabend konnten sich aber die Berichterstatter, die vom Arbeitsministerium kamen, infolge der Unruhe und Unterbrechungen in der Versammlung nicht aussprechen. — Nach diesem Spruch lag eine Streikbasis nicht mehr vor. Die Situation war eine ganz andere geworden. Da die nach dem Verbandsstatut erforderliche

Abstimmung über den Schiedsspruch nicht vorgenommen

wurde, bevor der Streik proklamiert wurde, konnte die Sanktionierung des Streiks nicht beschlossen werden.

Der Streik begann am Sonntag früh ein. Am Montag wurden wir nach dem Rathaus berufen, wo uns der Magistrat erklärte, daß er unter keinen Umständen zurückweichen werde. Ihm sei

von der Regierung ein Ultimatum gestellt,

innen 24 Stunden die lebenswichtigen Betriebe in Tätigkeit zu setzen, andernfalls die Technische Rothhilfe eingreifen werde. Ich habe die Beobachtung gemacht, daß die Bevölkerung den Streikenden mehr Sympathie entgegengebracht hätte, wenn sie davon überzeugt gewesen wäre, daß hier eine Arbeitergruppe nur um ihre Lebensfrage im Kampf stehe. Der Magistrat wußte, daß 90 Proz. der Bevölke-

rung hinter ihm standen, und dazu kam für den, der sehen konnte, die Gewißheit, daß

der Eisenbahnerstreik schon am Sonnabend als verloren

anzusehen war. Gegen den Streik sprachen das Verhalten des RdA., der Widerstand der Reichsregierung, des Magistrats, der Gewerkschaften und die fehlende Sympathie der Bevölkerung. Jedem Denker mußte sich somit die Frage aufdrängen: „Kannst du zugeben, daß eine Arbeiterschaft in den Kampf geführt wird, der offensichtlich mit der Niederlage enden muß?“

Der Streik wäre auch nicht beschlossen worden,

wenn in der Versammlung ruhig und objektiv hätte verhandelt werden können.

Lagodzinski bemerkte in seinen Ausführungen, daß der Streik schon am 16. Oktober (durch den Ausfall der Stadtverordnetenwahl) verloren war.

Folgende Resolution wurde einstimmig angenommen:

Die außerordentliche Generalversammlung des Verbandes der Gemeinde- und Staatsarbeiter, Ortsverwaltung Berlin, stellt mit Bedauern fest, daß die Forderungen des Magistrats durch den Mund des Herrn Oberbürgermeisters Böß, Maßregelungen sollen nicht stattfinden und keine Nachpolitik getrieben werden, nicht eingehalten werden.

Auf Grund des vorliegenden Materials stellt die Generalversammlung fest, daß

Maßregelungen langjähriger Funktionäre

sowie Maßregelungen von Betriebsräten in großer Anzahl erfolgt sind, und daß weiterhin Aussperrungen von Arbeitern und Arbeiterinnen in großer Zahl vorliegen.

Die Generalversammlung erhebt weiterhin Beschwerden, daß die auf Veranlassung des Magistrats und auf Grund von Vereinbarungen der Organisationen

eingesetzten Beschwerdekommmissionen

in einzelnen Bezirken und Betrieben durchaus einseitig zusammengesetzt sind.

Die Generalversammlung richtet an den Magistrat, an den ADBB, und an die Spitzenverbände das Ersuchen, das bei Abbruch des Streiks abgegebene Versprechen, daß keine Maßregelungen stattfinden dürfen, einzuhalten. Sie ersucht besonders den ADBB, und die Spitzenverbände, sich mit aller Kraft

für die Einhaltung dieses Versprechens

einzusetzen. Die Generalversammlung bringt zum Ausdruck, daß die Unruhe in den Betrieben, über das Vorgehen einzelner Betriebs- und Bezirksverwaltungen, außerordentlich stark ist und erwartet, im Interesse der Herbeiführung geordneter Verhältnisse, die Aufhebung aller Maßregelung und Aussperrungen.

Der Antrag auf Erhebung eines Extrabeitrags zur Unterstützung der Gemahregelten, und zwar von männlichen Mitgliedern fünf und von weiblichen zwei Mark, wurde abgelehnt. Ebenso ein Antrag, der eine Verminderung und andere Zusammenziehung des Funktionärkörpers forderte, um ein ersprießliches Arbeiten zu ermöglichen. Dagegen wurde der Ausgabe von Sammellisten zugestimmt.

Polenke erklärte hierauf, daß er es ablehnen müsse, die Geschäfte der Berliner Verbandsfiliale noch weiter zu führen.

„Freiheit“ Lügen.

Vom Genossen Franz Krüger erhalten wir folgende Mitteilung:

Seit einiger Zeit sucht die „Freiheit“ meine den Unabhängigen unbedequate politische und kommunale Tätigkeit durch häßliche, unerschämte und verlogene Angriffe herabzusetzen, und mich bei der Arbeiterschaft im allgemeinen und bei unseren Parteigenossen in besonderen als den Vertreter einer unsozialistischen Politik zu verächtlichen. Wenn ich in der Stadtverordnetenversammlung spreche, so berichtet die „Freiheit“ regelmäßig mit den Worten, ich trete mit dem Anspruch auf, die alleinigmachende Wahrheit zu verkünden. Was ich gesagt habe, erfahren die Leser der „Freiheit“ meistens ebensowenig, wie meine vor wenigen Tagen im Landtag gehaltene Rede zum Eisenbahnerstreik und zum Berliner Streik, die die „Freiheit“ völlig verschwiegen. Denkt man dadurch die unabhängigen Arbeiter noch lange über die Unehrlichkeit und Feigheit der unabhängigen Politik hinwegtäuschen zu können?

In ihrer Morgennummer vom Dienstag, den 21. Februar, zieht die „Freiheit“ einen neuen Anlaß an den Haaren herbei, um einen persönlichen Angriff gegen mich zu richten. Der zum 1. Bürgermeister in Köpenick (Bezirk 16) gewählte Stadtrat Dr. Franz (bürgerlich) wurde nach kurzer Amtszeit Direktor der Stadtrechnungskammer. Der dann gewählte Stadtrat Dr. Böhrig (bürgerlich) wurde infolge Auflösung der Stadtverordnetenversammlung nicht mehr befristet. Die neugewählte Bezirksversammlung, die jetzt den neuen Bürgermeister wählen soll, setzt sich zusammen aus 19 Sozialisten und Kommunisten und 16 Bürgerlichen, während das frühere Stärkeverhältnis 21 zu 14 war. Die Verhandlungen in dem eingesetzten Ausschuss haben sich nunmehr dem Abschluß und die Wahl soll heute (Mittwoch) erfolgen. Gestern schreibt nun die „Freiheit“ unter der Ueberschrift „Politische Selbstentmannung. Die Rechtssozialisten in Köpenick“ einen Artikel, der typisch dafür ist, wie die Unabhängigen jede Gelegenheit zu dem Versuch benutzen, mich zu verächtlichen, um meinen Einfluß in der SPD, der ihnen ein Dorn im Auge ist, zu brechen. Die „Freiheit“ behauptet, unter meinem unheilvollen Einfluß werde der Köpenicker Bürgermeisterei die Bürgerlichen ausgeliefert. „Unheilvoll“ ist mein Einfluß vielleicht für die U.S.P., da wir uns nicht zu Handlangern ihrer Politik hergeben. Ich habe auf die Bürgermeisterwahl in Köpenick nicht mehr Einfluß gehabt, als irgendein anderes Mitglied unserer Fraktion. Ich bin sogar nur in einem Teil der Sitzungen anwesend gewesen. Wir haben selbstverständlich auch mit den Bürgerlichen über die Bürgermeisterwahl verhandelt. Bei einem Mehrheitsverhältnis von 19 zu 16 konnte man die letztere Minderheit nur dann von der verantwortlichen Mitarbeit ausschalten, wenn die 19 eine feste Arbeitsmehrheit bilden würden. Die Kommunisten führen aber gerade gegen die sozialistischen Mitglieder der städtischen Verwaltung dauernd einen wütenden Kampf, während sie mit den Deutschnationalen oft Arm in Arm gehen. Eine verantwortliche, auf den tatsächlichen Verhältnissen beruhende Politik ist mit den Kommunisten nicht zu treiben und damit ist die „sozialistische Mehrheit“ im 16. Bezirk schon erledigt.

Die Unabhängigen haben in Berlin am nachdrücklichsten die Schaffung eines sozialistischen Magistrats verlangt. In der Stadtverordnetenversammlung führen sie aber unter der „storreichen“ Führung von Dr. Wehl einen scharfen Kampf gegen diesen ihren sozialistischen Magistrat. Beim Streik der städtischen Arbeiter hat die unabhängige Fraktion aus demagogisch-agitatörischen Gründen sogar die eigenen unabhängigen Stadträte im Stich gelassen. Nur ehrliche Politiker können aber für uns zuverlässige Bundesgenossen sein.

Gerade der Artikel der „Freiheit“ beweist am besten, wie notwendig hier die Verständigung mit den Bürgerlichen ist, wenn wir nicht lediglich wieder einen sozialdemokratischen Prügelknaben auf den Posten des Bürgermeisters stellen wollen.

Franz Krüger.

Urkunde Gebrauch gemacht zu haben. Der in Charlottenburg in der Gerviusstr. 19 wohnende v. Frenberg, der politischer Vertreter des Generalleutnants Semanoff und früher russischer Oberst sein soll, belächelt die Volkswirtschaft in Russland. Er soll die Aufgabe haben, den Austausch von Mitteln wirtschaftlichen Charakters zwischen Semanoff und Deutschland zu vermitteln, den russischen Emigranten mit Rat und Tat zur Seite zu stehen, sowie den Volkswirtschaft zu belächeln und die gesammelten Berichte über deren Organisation aus aller Welt Deutschland zur Verfügung zu stellen.

Der Angeklagte Braun gab auf Befragen zu, der Vater des ganzen Planes gewesen zu sein. Er habe, obgleich er mit den Rechtsparteien sympathisiere, Beziehungen zur kommunistischen Partei unterhalten, auch mitunter die Geschäftsräume der SPD in der Rosenthaler Straße aufgesucht. Die Angeklagten 2-4 gehören der kommunistischen Partei an; sie sind ohne große Bedenken bereit gewesen, den Raubzug mitzumachen.

Der Stand des Sechsstage-Rennens. Auch in der Nacht vom Dienstag zum Mittwoch kam es neben dem Sprint um die Bankrotturkunden wieder zu zahlreichen Bräutchenläufen, wobei sich noch alle Fahrer in guter Verfassung zeigten. Bei der dreistündigen Wertung, Dienstag Abend 10 Uhr, fiel an die Mannschaft Lorenz-Abeger ein Triumpf-Wortersahrad als besondere Widme für die erlangte Höchstpunktzahl (15). Nach der vierzehnten Wertung, nachts 2 Uhr, ist der Stand des Rennens folgender: Salchow-Sauer 193, Lorenz-Abeger 169, van Rod-9, Gulshie 117, Steinhilf-Appelhaus 35, Gabn-Rich 26 Punkte. Eine Runde zurück: K. Gulshie-Roh 105, Schwane-Roh 14, Tadmahl-Roh 14 Punkte. Zwei Runden zurück: Denen-Wagnissen 14 Punkte. Drei Runden zurück: Alenungs-Baldour 4 Punkte. Gleich nach 4 Uhr morgens unternahm die Mannschaft K. Gulshie-Roh einen fröhlichen Vorstoß, um ihre Verwundung auszubohlen, was aber an der Backstrecke der Spitzengruppe scheiterte. Bis morgens 6 Uhr sind 2044,310 Kilometer zurückgelegt.

Wetter für morgen.

Berlin und Umgegend. Jenseits mild, aberwiegend bewölkt, mit leichten Regenschauern und sehr lebhaften südwestlichen Winden.

Groß-Berliner Parteinachrichten.

19. Kreis (Bantow). Zur Jugendweihe am Sonntag, den 26. März, im Vestrum. (Schriftl. 4244, normierte 11 Uhr, werden Anmeldungen auf den nächsten Jahrestag entgegengenommen. Während können die Anmeldungen schriftlich an das Jugendreferat, Berlin SW 68, Lindenstr. 3, 2. Hof, 2. Treppen, eingereicht werden. Die Einschreibgebühr kostet drei Mark.

Wieder ein Luftschiff explodiert.

Ein furchtbares Unglück ereignete sich, wie aus New York telegraphiert wird, in Norfolk, wo das Luftschiff „Roma“, das größte Luftschiff des halbstarren Systems, explodierte. Von der 43 Mann starken Besatzung wurden 35 getötet, die übrigen 8 Mann erlitten lebensgefährliche Verletzungen. Das Unglück ereignete sich dadurch, daß die „Roma“ mit elektrischen Drähten in Verbindung kam, wodurch das Gas sich entzündete. Die „Roma“ war in Campano erbaut. Da die dort eingebauten Motore nicht den amerikanischen Anforderungen genügen, wurden sie durch andere ersetzt. Gleichzeitig wurde das in Italien aufgefüllte Helium durch ein anderes italienisches Gas ersetzt.

Im Kriegesdepot wird erklärt, daß die „Roma“ eine Probefahrt unternommen hatte, um amerikanische Motore zu erproben, die anstelle der italienischen eingebaut worden waren.

Ein schwerer Raubüberfall wurde auf zwei Beamte der Stadthauptkasse in Köln verübt, die über 300000 M. Bargelder abholen sollten. Sie wurden in einer abgelegenen Straße plötzlich von zwei Männern überfallen und niedergeschlagen. Die Räuber entzogen ihnen die Geldtaschen. In dem heftigen Kampf, der sich nun entspann, wurde den Räubern eine Geldtasche mit 100000 M. wieder abgenommen. Die beiden Räuber entkamen in einem anstehenden Auto.

Gewerkschaftsbewegung

Noch keine Einigung in Dänemark.

Kopenhagen, 22. Februar. Im dänischen Arbeiterkonflikt ist nach einer WTB-Meldung, die im Gegensatz zu der am Dienstag mitgeteilten steht, eine Verschärfung eingetreten. Die Verhandlungen mit der Hafenarbeiterorganisation sind gescheitert. Zugleich haben die Elektrizitätsarbeiter, 2000 an der Zahl, die Vorschläge der Vergleichskommission abgelehnt. Es ist demnach damit zu rechnen, daß der Arbeiterkonflikt bis zu Ende durchgekämpft werden muß.

Betriebsratwahlen der Gemeindegewerkschafter.

Die Streiks der Gemeindegewerkschafter in den letzten zwei Jahren haben gezeigt, daß die verantwortlichen Spitzenbetriebsräte und Obmänner nicht das Verantwortungsgesühl besitzen, das sie ihrer Kollegenschaft wie auch der Allgemeinheit gegenüber schulden sind. Der letzte Streik war nach den Ausführungen des Verbandsvorsitzenden Fritz Müller in einer Versammlung der Gewerkschaftskommission schon verloren, aber beschlossen wurde. Die Berliner Gewerkschaftskommission hatte den Gemeindegewerkschaftsstreik gegen den Berliner Magistrat nicht sanktioniert, weil das Streikobjekt nach Abgabe des amtlichen Schiedspruchs denn doch zu gering war, um alle lebenswichtigen Betriebe der Stadt Berlin in die Luft zu legen. Das konnte auch dem ausführenden Ausschuss der Betriebsräte und Obmänner nicht unbekannt geblieben sein. Auch nicht die Tatsache, daß das Charlottenburger G.-Werk und das G.-Werk Südwest im Betrieb blieben, so daß die Kapitalisten, denen der Kampf gelten sollte, alles hatten, was sie gebrauchten, Wasser und Licht, wogegen die eigenen Genossen und Arbeitsbrüder im Osten und Westen sich ihr Wasser von der Straße vier Treppen hoch schleppen mußten, nachdem sie in der Kälte darum gekämpft hatten. In Wirklichkeit wurde der Kampf gegen sie geführt. Viele konnten ihre Arbeitsstelle nicht erreichen oder mangels Strom nicht arbeiten. Gewiß müssen wir uns gegen den Abbau des Ranteltarifs wehren, aber erst die Wege ebnen und in Verbindung mit der Gewerkschaftskommission den Kampf aufnehmen, wenn er Erfolg haben soll.

Trotz der Kurzfristigkeit der bisherigen Führer der Betriebsräte sind diese wiederum als solche vorgeschlagen. Kollegen Augen auf! Wählt solche Kollegen als Betriebsräte, die Verantwortungsgesühl besitzen und erst dann den Kampf aufnehmen, wenn sie keinen anderen Weg mehr finden und nicht blindlings in einen beschlossenen Streik führen, aus dem wir als Besiegte anstatt als Sieger hervorgehen müssen. W. Redeker.

Generalversammlung der Gärtner.

In der Generalversammlung der Berliner Ortsverwaltung des Verbandes der Gärtner und Gärtnereiarbeiter erstattete Bernotat den Geschäftsbericht für das Jahr 1921. Trotz der schlechten Konjunktur mußten mehrere Streiks geführt werden. Ein Lohnabbau, wie ihn die Friedhofverwaltungen beschließen wollten, konnte unter keinen Umständen kampflos hingenommen werden. Abgesehen vom Streik der Friedhofarbeiter wurden die eingeleiteten Bewegungen erfolgreich beendet. Trotz der weitgehenden Unterstützung durch die Berliner Kirchengemeinden ist es dem christlich-nationalen Deutschen Gärtnerverband nicht gelungen, einen nennenswerten Anhang zu gewinnen. Den Kassenbericht gab Saar. Die Ortsverwaltung hat an Streik, Arbeitslosen, Krankunterstützung usw. 200 842 M. verausgabt. Es ist möglich gewesen, allen finanziellen Verpflichtungen nachzukommen. Die Hauptverwaltung hat die geleisteten Vorleistungen zurückgehalten. Um eine Beitrags-erhöhung ist nicht heranzukommen.

Die vorgeschlagene Beitragserhöhung des Ortsvorstandes wurde angenommen. Bei einem Stundenlohn von 10 M. soll ein Beitrag von 8 M. erhoben werden. Die Neuwahl des Ortsvorstandes ergab die einstimmige Bestätigung der Angefallenen. Als unbesoldete Verbandsmitglieder wurden die Kollegen Bodenauer, Kohnmeier, Müller, Franz Schmid, Johann Schmidt, Treumann und Trumpf gewählt.

In der Diskussion wurde das Verhalten der Vorsitzenden der Spitzenorganisationen beim Berliner Streik sowie die Stellungnahme des „Vorwärts“ und der „Freiheit“ scharf verurteilt. Eine eingebrachte Resolution, welche den beteiligten Spitzenorganisationen

das schärfste Mißtrauen aussprach, sowie die Befestigung der „Schädlinge“ (Welcher Schädlinge? Red. d. „B.“) auf dem schnellsten Wege verlangte, wurde jedoch mit großer Mehrheit abgelehnt.

Lohnkampf amerikanischer Vergarbeiter.

Wie aus Indianapolis gemeldet wird, hat die Generalversammlung der Vereinigung der Vergarbeiter Nordamerikas eine Entschließung angenommen. Die Arbeit am 1. April einzustellen und zwar in den bituminösen und den Anthrazitkohlenbergwerken, falls bis zu diesem Zeitpunkt keine Veränderung in der Lohnfrage erfolgt ist. Dieser Beschluß wird aber erst nach einer Abstimmung sämtlicher Gewerkschaftsmitglieder unterbreitet werden.

30 M. Tagelohn. Die Anzeigengesellschaft „Ma“ bringt es fertig, ihren Adressenschreibern für eine achtstündige Tätigkeit die Summe von 30 Mark als Lohn anzubieten. Wer mehr verdienen will, muß circa 600 Adressen am Tage schreiben, die er sich dazu noch aus dem Reichsadressbuch zusammenstellen muß. Der Mehrerwerb beträgt dann ganze 10 Mark. Der Betriebsrat dieser „humanen“ Firma scheint nach unserer Information noch nicht den Mut aufgebracht zu haben, der Direktion zu sagen, daß von diesem Hundelohn kein Mensch leben kann. Wir erwarten von ihm, daß er sich an seine Pflicht — wenn er sie vernachlässigt haben sollte — erinnert. Andernfalls dürfte der Zentralverband der Angestellten sich der Opfer eines struppelosen Ausbeutertums annehmen.

Die Generalversammlung des Zentralverbandes der Fleischer tagte am Dienstag. Kollege Fröh erstattete an Stelle des erkrankten Bevollmächtigten Gaebler den Geschäftsbericht für das Jahr 1921. Er hob hervor, daß sich die Lohnverhandlungen mit den Arbeitgebern recht schwierig gestalten, da diese nicht die genügende Rücksicht auf die Leuerung nehmen. Die Arbeitslosigkeit hat leider gegen das Vorjahr keinen erheblichen Rückgang zu verzeichnen, obgleich der Arbeitsnachweis in diesem Jahre besser funktioniert. Bedeutungsvoll ist die Verordnung des preussischen Ministers für Handel und Industrie betreffend Beurlaubung. Wird diese Verordnung konsequent durchgeführt, dann ist zu erwarten, daß die Beurlaubungszahl in der Fleischgewerbe endgültig ausgeschaltet wird. Darüber zu wachen, ist die Pflicht einer paritätischen Kommission, die ihrer Wahl noch entgegensteht. Der Kassenbericht wurde von Rehberg gegeben. In die Hauptkasse konnten 207 431,47 M. gegeben werden, während der Bestand der Kasse 24 457,20 M. betrug. Die Berliner Mittelschicht hat eine Zunahme von 260 männlichen und 114 weiblichen Mitgliedern zu verzeichnen. Die Wahl des Bevollmächtigten und des Kassierers fiel wieder auf Gaebler und Rehberg. Der Sektionsvorstand und die Gesamtverwaltung, die bereits vor einem Monat in der Sektionsgeneralversammlung gewählt sind, wurden von der Versammlung bestätigt.

Der Metallarbeiterstreik in den Kreisen Hagen und Schwelm hat nach 14-tägiger Dauer sein Ende erreicht. Bei den Verhandlungen zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern ist eine Einigung erzielt worden, so daß die Arbeit Montag wieder aufgenommen werden konnte.

Im Mansfelder Bergarbeiterstreik wurde heute nacht in den vom Reichsarbeitsminister nach dem Oberbergamt Halle einberufenen Verhandlungen folgender Schiedspruch gefällt: Allen Arbeitern über 21 Jahre wird eine Bohnerhöhung von 11 M. pro Schicht (gefordert waren 20 M.) zugebilligt. Die Arbeiter unter 21 Jahren werden anteilig gestaffelt wie bisher im Tarif entlohnt. Der Schiedspruch geht ferner dahin, daß die Arbeit sofort wieder aufgenommen werden soll. Beide Parteien haben sich über Annahme oder Ablehnung bis zum 24. Februar zu erklären. Die Organisationsstreiffrage wurde nicht verhandelt.

Die Jülicher Glasarbeiter lehnten einen Schiedspruch ab und traten in passioe Resignation. Darauf beschloßen die Arbeitgeber die Absperrung, von der 2500 Arbeiter und Arbeiterinnen betroffen werden.

Ein Bundesstag des Deutschen Teamnbundes soll laut Beschluß des Bundesvorstandes Anfang April in Berlin stattfinden. Es ist zu erwarten, daß diese Tagung eine Lösung der bisherigen im Bundesvorstand vorbereitenden Meinungsverschiedenheiten durch den Austritt gewisser Organisationen bringt. Starke Strömungen neigen zur Abfertigung gewisser Personen innerhalb des Bundesvorstandes.

Wirtschaft

Verbesserung der Oberseiffahrt. Auf eine Anfrage über den Ausbau der Oberseiffahrt antwortete der preussische Landwirtschaftsminister: Nach § 18 des Staatsvertrags betreffend den Uebergang der Wasserstraßen von den Ländern auf das Reich in Verbindung mit Jiffer 28 der Reichsweilung der begonnenen Bauten ist das Reich verpflichtet, das preussische Gesetz betreffend die Verbesserung der Oberwasserstraßen unterhalb Breslau vom 30. Juni 1913 auszuführen. Dieses Gesetz sieht die Anlage von Staubecken, und zwar die eines Staubeckens an der Blaher Reihe bei Ottmachau vor. Durch dieses Staubecken würden rund 7000 Morgen besten Ackerslandes der landwirtschaftlichen Erzeugung entzogen werden. Die Rücksicht auf unsere gegenwärtige Ernährungslage, auf die zu enteignenden landwirtschaftlichen Betriebe und Bedenken technischer Art lassen es unzulässig erscheinen, schon jetzt mit dem Bau zu beginnen. Eingehender als bisher wird die Frage geprüft werden müssen, ob sich das mit dem sogenannten Gesetz verfolgte Ziel nicht besser durch die Anlage von Talsperren, mehr im Quellgebiet der Flüsse, erreichen läßt. Entsprechende Verhandlungen mit dem Reich sind eingeleitet. Dabei wird auch die Frage erörtert werden, inwieweit Arbeiten im Strome selbst mit Vorteil für die Schifffahrt schon jetzt in Angriff genommen werden können.

Oberschlesische Kohle für Litauen. Die litauischen Blätter melden, daß Polen Litauen eine monatliche Einfuhr von 12 000 Tonnen Kohle aus Oberschlesien gestattet habe und daß es für Warenlieferungen nach Litauen den Eisenbahntarif herabsetzt.

Deutschlands Zementproduktion. Nach Mitteilungen, die auf der Tagung des Deutschen Zementverbandes gemacht wurden, betrug die Zementproduktion im letzten Jahre 4 Millionen Tonnen, also erheblich mehr als im Vorjahr, wo nur 2 1/2 Millionen Tonnen erzeugt wurden. Ins Ausland wurden 10 Proz. der deutschen Zementproduktion verführt.

Die neuen russischen Zolltarife. Seit dem 15. Februar sind die neuen Zolltarife für die aus Osteuropa kommenden Waren in Kraft getreten. Zollfrei bleibt die Einfuhr von Lebensmitteln landwirtschaftlichen Maschinen und anderen wichtigen Bedarfsartikeln. Alle Produktionsmittel unterliegen einer stark ermäßigten Zollgebühr. Die neuen Zolltarife, die zunächst für zwei Jahre Gültigkeit haben werden in Goldrubeln berechnet.

Die Mark in Sowjetrußland. Sowjetrußland steht im Zeichen einer erneuten Geldentwertung. Das macht sich auch darin kenntlich, daß der Dollar immer mehr als Zahlungsmittel an Stelle des Rubels eintritt. Auch die Reichsmark erfreut sich einer steigenden Beliebtheit. Hatte man noch vor acht Wochen für eine Reichsmark 800 Sowjetrubel bezahlt, so bietet man jetzt dafür 3000 Sowjetrubel. Das sowjetrussische Wirtschaftsorgan, die „Ekononimische Sojuz“, schließt an diese Feststellung die Bemerkung, daß der neue Sturz des Rubels das größte Hindernis für den neuen wirtschaftlichen Kurs in Rußland sei. Während andere Länder mit schlechter Valuta wenigstens den Vorteil haben, daß dadurch ihre Wareneinfuhr begünstigt wird, trifft das für Rußland nicht zu, da es infolge des Niedergangs der industriellen Produktion keine Exportwaren hat.

Die Eisenbahnverkehrs in den Vereinigten Staaten. Wie die „Chicago Tribune“ aus Washington meldet, ist im Laufe des Jahres 1921 der Eisenbahnverkehr in den Vereinigten Staaten um 23,3 Proz. gegen 1920 gesunken. Das ist der schärfste Rückgang, den die amerikanischen Eisenbahnen in einem einzigen Jahre erlitten haben.

Erhöhung der Kaltpreise. In der letzten Vollziehung des Reichskassirats wurde der Antrag des Deutschen Kassiratsverbands G. m. b. H. wegen Erhöhung der Inlandskaufpreise erörtert. Dieser Antrag, welcher mit Wirkung vom 20. Februar 1922 ab eine Preiserhöhung von 15 Proz. der Kaltpreise und Kaltpreiszufuhren vorsieht, wurde angenommen. Außerdem wurde zu dem in der Bekanntmachung des Reichskassirats vom 6. Dezember 1921 festgesetzten Inlandskaufpreisen für Rohsalze zu industriellen Zwecken, auch zu Bade- und Küchszwecken, Preiszuschläge beschlossen.

Verantwortlich für den Text: Franz Köhler, Berlin-Lichterfelde; für die Anzeigen: Ed. Glöde, Berlin. Verlag Vorwärts-Verlag G. m. b. H., Berlin. Druck: Vorwärts-Verlag u. Verlagsgesellschaft Paul Singer u. Co., Berlin, Lindenstr. 114.

Deutscher Metallarbeiter-Verband

Verwaltungsbüro Berlin N 54, Lindenstraße 83 85. Geschäftszeit von vorm. 9 Uhr bis nachm. 4 Uhr. Telefon: Amt Norden 833, 834, 835, 836.

Am Donnerstag, den 23. Februar 1922, nachmittags 5 Uhr, im Dresdener Garten, Dresden, Straße 45.

Brancheversammlung der Gold- und Silberarbeiter.

Tagungsordnung: 1. Jahresbericht 2. Verbands- und Branchenangelegenheiten. 113/4 Die Ortsverwaltung.

Wo laß ich meinen Anzug machen? Wer garant. f. gut. Sit. u. Verarbeitg.?

Max Motel, Schneidermstr. Neudün, Ringbahnstr. 33. Tel. 909. Lieferung für höchste Staatsbeamten. Viele Anerkennungen u. Dankschreiben.



Möbel

„Mediziner Berlin“ bietet an: 1. Schloß, 3150-24-75 2. Spielst., 2905-26-45 3. Herren-, 2903-26-70 4. Stuhl-, 2801-11-60 5. Stuhl-, 275-25-90 6. Tisch-, runde Vogelst. 10-10-10. Hühelb. Rejewski, Berl., Badstr. 66.

Metallbetten

Stahlmattressen, Rindbett, etc. an Preis. Patent 30A/11. Hühelb. Rejewski, Berl., Badstr. 66.

Drum prüfe, wer sich ewig bindet!



Als Selbstnersteller liefern ich in Qualität und Preisen einzig dastehende Trauringe: 1. Ring, Dukalengold, von 200,— an 2. Ring, 565 gestempelt, von 180,— an 3. Ring, 333 gestempelt, von 70,— an. Garantiescheine für genauesten Goldinhalt. Ausführlicher Katalog gratis! H. Wiese, Juwelier, Artilleriestraße 30 und Passauer Straße 12. 3 Min. v. Bahnh. Friedrichstr. 1 Min. v. Wittenb.-Pl. Nähe Zoo. Telefon: Norden 1930. — Handelsgerichtlich eingetragene Firma.



Korbmöbel

Aut. Sie am vorteilhaftesten dir. o. Hersteller. A. Lesdau, Korbmöbel, Parkstr. 11, Berlin. Ausstellung, Verkauf nur Bank-Anzeigerstr. 114.

Gold-, Silber-, Platin-Bruch Brillanten

Schmuckstücke, Ringe, Zahngebisse usw. kaufen stets zu ganz besonders hohen Preisen. Geb. Fuhrmann, Nollendorfstraße 39. 1 Minute vom Nollendorfplatz.

Korsette

aus la Stoffen u. in all. Preislagen emp. lehit. Korsett-Fabrik Rich. Hecke, 1. Gesch. Berl., Karlshorst, Trestow-A. Lee 99. 2. B.-Lichtenag., Neue Bahnhofstr. 36. 3. Berl., Kommandantenstr. 23. 124 Br. Ecke Alte Jakobstraße.

ARNIKA

Haar- u. Kopflagemittel mit dem sind die besten. Arnika, Haarwuschsalbe, Haarfärb, Seife z. Hautpf., Kratzlich erprobt, Überall erhältlich. Oest-Ges. m. b. H., Berlin-Oberhohenschloß, Ostend-Strasse 14, Tel. Obshw. 355.

GOLD-SILBER-PLATIN

Gotzkowskystr. 13.

Bücher, die jeder Parteigenosse lesen muß!

PARVUS
Der wirtschaftliche Rettungsweg
Parvus gibt in gedrungenster Form eine erschöpfende Analyse, zugleich eine überwäligende Synthese der wirtschaftlichen Lage Deutschlands. An den internationalen Wirtschaftszusammenhängen zeigt er das unauflösbare Hindernis der Weltkrise. Dann herbeirufen der deutsche Keynes, aber weist Parvus, der deutsche Keynes, den Weg zur Rettung nicht nur Deutschlands, sondern auch der Welt.
Für die Parteigenossen! Organisationsausgabe 4 Mark

SCHEIDEMANN
Deutschland in der Welt voran!
Eine Rede, gehalten am 30. Januar 1922 im Reichstag.
Für die Parteigenossen! Organisationsausgabe 2 Mark

BERNSTEIN
Das Görlitzer Programm der SPD Deutschlands
„Volksrecht“ für Schlesien: Neben Kautskys in vielen Abschnitten immer noch überaus anregend und lehrreicher Schrift über das Erfurter Programm wird heute durch kein anderes, aber heute durch kein anderes ersetzbares Büchlein bald seinen Platz in jeder sozialdemokratischen Bibliothek haben.
Für die Parteigenossen! Organisationsausgabe 7,50 Mk.

KUTTNER
Warum versagt die Justiz?
„Sächsisches Volksblatt“ vom 20. Dezember 1921: „Stärke und ergreifende Worte findet der Verleser für die Notwendigkeit, der Rechtsprechung zu schaffen, ein das Rechtsgesühl des Volkes betrieht.“
Königsberger Volkszeitung vom 31. Dezember 1921: „Alles in allem, das Werk Kuttner ruft zur Tat.“
Für die Parteigenossen! Organisationsausgabe 12 Mark

Pelz-Haus

abuco, Leipziger Str. 58, Zahlungsverleichterung.



Zu beziehen durch die Buchhandlung Vorwärts, Berlin SW 68, Lindenstraße 3 und durch den Verlag für Sozialwissenschaft, Berlin SW 68, Lindenstr. 114